

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Postzeipräsidiums Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Abonnementspreis für die Tage vom 28. November bis 30. November einchl. Bringerlohn 200 Milliarden, bei Selbstabholung 235 Milliarden M. — Telefon für Kontor und Expedition: Nummer 22721 und 24598. — Telefon für die Inseraten-Abteilung Nr. 22721. Kontokorrentkonto Nr. 53477	Redaktion: Leipzig, Lauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 13893. — Verlag in Leipzig, Lauchaer Straße 19/21 — Telephon 24598	Inseratenpreise: Die Wagnisart, Kolonelle 35 Goldpfennig, bei Blankort, 40 Goldpf., Familienanzeigen v. Privat, die Wagnisart, Kolonelle 15 Goldpf., Reklamezeile 1,75 Goldmark, Inserate v. ausm., die Wagnisart, Kolonelle 40 Goldpf., bei Blankort, 45 Goldpf., Reklamezeile 2 Goldmark, Annahme bis 9 Uhr vorm.
--	--	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Aemtsnachlässe und alle Wohnstätten entgegen.

Wiedertekehr der großen Koalition?

Ein Kabinett Marx?

Der Abgeordnete Siegenwald hat dem Reichspräsidenten mitgeteilt, daß er den Auftrag zur Kabinettsbildung nicht übernehmen könne, weil ein Kabinett nach seiner Überzeugung zur Zeit nicht möglich sei; es sei zweckmäßig, mit der Kabinettsbildung einen Mann zu betrauen, der innerpolitisch weniger umstritten sei als er. Der Reichspräsident hat alsdann den Reichstagsabgeordneten, Senatpräsidenten Marx mit der Kabinettsbildung beauftragt. Abgeordnete Marx hofft, dem Reichspräsidenten noch im Laufe des heutigen Tages seinen Vorschlag zur Bildung einer Regierung, die sich auf die Mittelparteien des Reichstags stützt, unterbreiten zu können.

Der Führer des Zentrums, der Reichstagsabgeordnete Dr. Marx, wurde gestern abend vom Reichspräsidenten zu einer Besprechung gebeten. In einer Konferenz erteilte Herr Ebert ihm den Auftrag zur Kabinettsbildung. Dr. Marx nahm den Auftrag an. Die Fraktionen hielten sich in den Nachmittagsstunden völlig zurück, um Dr. Marx für seine Bemühungen freie Hand zu lassen. Die Demokraten waren die ersten, die einen formellen Beschluß herbeiführten, sich nicht weiter an Koalitionsbesprechungen zu beteiligen, da es ausschließlich Aufgabe des Kanzlerkandidaten sei, sich sein Ministerium zusammenzustellen, dann vor das Parlament zu treten und um das Vertrauen zu bitten. Es ist anzunehmen, daß Dr. Marx sich in der Hauptsache auf die bürgerliche Arbeitgemeinschaft der Mitte stützen wird, und daß die Sozialdemokratie ihm gegenüber eine wohlwollende Neutralität einnehmen wird. Bestimmte Zusagen hierüber sind aber zur Zeit von den Sozialdemokraten nicht zu erwarten, da sie zum größten Teil auswärts weilen und erst Freitag nachmittags telegraphisch zu einer Fraktionsbesprechung zurückkehren. Dr. Stresemann dürfte dem neuen Kabinett als Außenminister auscheiden. Ueber die Verteilung der übrigen Portefeuilles ist im Augenblick noch keine Entscheidung gefallen.

Die Verhandlungen des Abg. Marx über die Kabinettsbildung sind so weit fortgeschritten, daß sie voraussichtlich morgen vormittag abgeschlossen werden. Um eine Brücke zu den Deutschnationalen zu schlagen, hat sich Abg. Marx an den deutschnationalen Abgeordneten Schiele gewandt, um ihn zur Übernahme des Ernährungsministeriums zu bewegen. Schiele wird seine Antwort von der Entscheidung des Reichslandbundes abhängig machen. Ueber die weitere Besetzung des Kabinetts bestehen bis zur Stunde im wesentlichen nur Vermutungen. Die Mehrzahl der Blätter führt folgende voraussichtliche Ministerliste an: Marx (Zentr.) Reichskanzler, Dr. Jaxer (D. Vp.) Vizekanzler, Meuser (D. Vp.) Finanzen, Stresemann (D. Vp.) Inneres, Dr. Hamm (?) (Dem.) Post und besetzte Gebiete, der bisherige Reichspostminister Dr. Hölle (Zentr.), Justiz Dr. Amminger (Wagn. Vp.), Arbeit der bisherige Reichsarbeitsminister Dr. Brauns (Zentr.), Reichswehr der bisherige Reichswehrminister Dr. Gehler (Dem.), Ernährung Dr. Schiele. Die Verhandlungen über die Besetzung des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsverkehrsministeriums waren in später Abendstunde noch nicht abgeschlossen.

Wie es heißt, werde Dr. Gehler ein Verbleiben als Reichswehrminister ablehnen. In diesem Falle sei Dr. Kardorf zum Nachfolger Gehlers auszuwählen. Dr. Kardorf, der im Kabinett Stresemann bekanntlich Ernährungsminister war, wird auch als Minister des Innern genannt.

Reichstagsabgeordneter Geheimrat Justizrat Marx, der Führer der Reichstagsfraktion des Zentrums, ist am 15. Januar 1863 in Köln geboren. Er ist Jurist und legte nach seinem Studium in Bonn die richterliche Laufbahn in seiner rheinischen Heimat zurück, wo er in seiner Vaterstadt seit 1904 als Landgerichtsrat und seit 1906 als Oberlandesgerichtsrat wirkte. In gleicher Eigenschaft kam er 1907 nach Düsseldorf. Im Frühjahr d. J. wurde er als Senatspräsident an das Kammergericht zu Berlin berufen.

Marx ist alter Zentrumsparlamentarier. Von 1899 bis 1918 vertrat er den Wahlkreis Crefeld-Land im preussischen Abgeordnetenhaus und von 1910 bis 1918 war er Mitglied des Deutschen Reichstags für den Wahlkreis Rülheim (Rhein). Der Nationalversammlung und der Preussischen Landesversammlung gehörte Marx ebenfalls an.

Der Vorwärts sagt zu Dr. Marx' Auftrag zur Kabinettsbildung: Der bisherige Vorsitzende der Zentrumsfraktion und voraussichtliche Reichskanzler Marx ist bei der Rechten ebenso beliebt, wie er in der sozialdemokratischen Fraktion wegen seiner Besonnenheit, Sachlichkeit und Rechtschaffenheit geachtet wird. Aber damit ist natürlich noch nicht gesagt, daß er Mißgriffe vermeiden wird, die die sozialdemokratische Fraktion veranlassen könnten, einen Appell der Wähler vorzeitig herbeizuführen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist für heute mittags 2 Uhr telegraphisch zusammenberufen worden. Es bedarf wohl keiner besonderen Bemerkung, daß die sozialdemokratische Fraktion einem bürgerlichen Kabinett mit Deutschnationalen kein Vertrauen entgegenbringen kann.

Demission des Reichsfinanzministers.

Der Reichsfinanzminister Dr. Luther hat an den Reichspräsidenten einen Brief gerichtet, in dem er den Reichspräsidenten bittet, ihn von der Führung der Geschäfte des Finanzministeriums zu entbinden, da er nicht glaubt, weiterhin die Verantwortung für die Finanzgeschäfte Deutschlands während eines regierungslosen Zustandes tragen zu können.

Deutschnationale Annäherung.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat an den Reichspräsidenten folgendes Schreiben gerichtet:

Nach dem Rücktritt des Kabinetts Stresemann hätte es der parlamentarische Brauch gefordert, daß eine der Oppositionsparteien mit der Kabinettsbildung betraut worden wäre; das ist nicht geschehen. Vielmehr haben Sie, Herr Reichspräsident, die verschiedensten Versuche zur Neubildung der Reichsregierung unternommen, die gescheitert sind. Inzwischen haben sich sowohl die außenpolitische Lage, wie auch die finanzielle und wirtschaftliche Not des deutschen Volkes so verschärft, daß ein weiteres Hinauszögern der Kabinettsbildung nicht verantwortbar werden kann. Das deutsche Volk in seiner überzogenen Mehrheit erwartet eine Abwendung von der bisherigen Regierungsmethode und Neuorientierung nach rechts. Wenn dieser Reichstag in seiner überalterten Zusammensetzung nicht fähig ist, dieser Stimmung des Volkes Ausdruck zu geben, so müssen Sie, Herr Reichspräsident, die Entscheidung des Volkes anzuerkennen und der neuzubildenden Regierung die Vollmacht zur Auflösung des Reichstags geben. Unter solchen Voraussetzungen stellen wir uns der Regierungsabteilung zur Verfügung.

Auf das Schreiben Hergts hat Reichspräsident Ebert gestern abend mit folgendem Brief geantwortet:

„Sehr geehrte Excellenz! In Erwiderung Ihres Schreibens muß ich zunächst darauf aufmerksam machen, daß die Reichsverfassung die Berufung des Mannes, der das Reichskabinett bilden und leiten soll, meiner freien Entscheidung überläßt. In Ausführung dieses mir verfassungsmäßig zustehenden Rechts habe ich bisher mit der Bildung einer neuen Regierung stets eine Persönlichkeit betraut, deren politische Stellung die meisten Aussichten für eine schnelle Zusammenfassung eines arbeitsfähigen Kabinetts zu bieten schien. Diesen Weg bin ich auch in der gegenwärtigen Krise gegangen. Wenn ich auch davon abgesehen habe, eine der beiden Oppositionsparteien mit der Neubildung der Regierung zu betrauen, so geschah das, weil ich durch meine vertrauliche Aussprache mit den Führern der Reichstagsfraktionen am Abend des 23. d. M. zu der Überzeugung kommen mußte, daß für keine der beiden Oppositionsparteien die Möglichkeit der Bildung einer Regierung auf verfassungsmäßiger Grundlage vorhanden war. Außerdem hatte ich aus der Besprechung mit Ew. Excellenz am Freitagabend den Eindruck gewonnen, daß die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei keinen entscheidenden Wert auf die Führung der Regierungsbildung legte, vielmehr mit der Kanzlerhaft eines Mitglieds der Deutschen Volkspartei oder des Zentrums einverstanden war. Im übrigen darf ich ausdrücklich darauf hinweisen, daß ich mit Herrn von Kardorf, der mir von der Fraktionsteilung der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten für die Regierungsbildung in Vorschlag gebracht worden war, über- eingekommen war, der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei zwei wichtige Ressorts zur Besetzung durch Männer ihrer Fraktion anzubieten. Die Auffassung, daß jedes Hinauszögern der Kabinettsbildung die Interessen des Reiches schädigt, teile ich durchaus. Nachdem mein Versuch, ein überparteiliches Kabinett, das von den bürgerlichen Parteien getragen werden sollte, zu berufen, mißlungen war, habe ich alles getan, was in meiner Möglichkeit lag, um die im Reichstage geführten Verhandlungsverhandlungen der bürgerlichen Parteien zu beschleunigen. Diese Verhandlungen sind, wie Sie wissen, gescheitert. Darauf habe ich heute nachmittags den Reichstagsabgeordneten Senatpräsidenten Marx mit der Bildung einer Regierung beauftragt, die von den Mittelparteien getragen wird.“

Das Zentrum gegen die Auflösung der großen Koalition in Preußen.

II. Berlin, 29. November. Die Zentrumsfraktion des preussischen Landtages hat heute vormittags zu dem von den Deutschnationalen gestellten Antrag auf Auflösung der großen Koalition in Preußen folgenden Beschluß gefaßt: „Nachdem alle anderen Versuche zur Bildung eines Reichskabinetts gescheitert sind, erkennt die preussische Landtagsfraktion den Versuch, ein Reichskabinett unter Hinzuziehung der Deutschnationalen Volkspartei zu bilden als richtig an. Sie sieht aber einen sachlichen Grund als nicht für gegeben, in der preussischen Regierung deshalb jetzt (!!) eine Veränderung eintreten zu lassen. Die Entwicklung der Verhältnisse im Reich ist abzuwarten.“

Die Fraktionen der Deutschen Volkspartei und der Demokraten haben entsprechende Erklärungen abgegeben.

Donnerstag: Amtl. Dollarkurs Berlin

4189,5 Milliarden G.	4205,5 Milliarden M.
997,5 Milliarden G.	1002,5 Milliarden M.

Flammenzeichen.

Und sieh! Und sieh! In welcher Wand
Da kam's hervor wie Menschenhand;
Und schrieb und schrieb an welcher Wand
Buchstaben von Feuer und Schwand.

Die politischen Astrologen des Herrn Herfurth malen mit „Buchstaben von Feuer“. Im Vorübergehen bekommen die Deutschnationalen einige Seitenhiebe ab, womit verdeckt werden soll, daß doch eigentlich die Herren um Hergt und Helfferich die Lehrmeister der von Herrn Herfurth angestellten Federhelden sind. Man versucht dabei, den gut nationalen Leipziger Spiegel bei der Stange zu halten, und beruft sich als Kronzeugen auf den bisherigen Reichsfinanzminister. Der einstige Essener Bürgermeister, Dr. Luther, hat dem Reichspräsidenten, um in der Kumpelsprache zu reden, die Broschen hingeworfen. Der Brief womit er seinen Rücktritt verkündet, enthält die „Buchstaben von Feuer“, die der Schicksalskinder der: L. N. N. Ebert-Bejarar mitternächtlich an die Wände malt.

Der bisherige Reichsfinanzminister bricht zusammen unter der Fülle der Unterlassungssünden, die er sich während seiner kurzen Amtstätigkeit zuschulden kommen ließ. Der durch das Verhalten des Reichstages herbeigeführte Rücktritt der Reichsregierung habe alle vorbereitenden außen- und innenpolitischen Schritte der Regierung ins Stocken gebracht. Binnen wenigen Tagen werde der zur Fortführung der Erwerbslofenfürsorge im besetzten Gebiet ausgeworfene Kredit von 100 Milliarden Rentenmark erschöpft sein. Auch die Zahlungen für die Besatzungsmächte laufen, nach den Worten Dr. Luthers, während dieser ganzen Zeit „ohne Deckung durch den Uebergangshaushalt“. Es ist geradezu rührend zu hören, wie dieser Reichsfinanzminister, dessen ganze Weisheit das Ermächtigungsgesetz und der § 48 der Reichsverfassung bedeutete, über das erzwungene Interregnum jammert. Für das finanzielle Weiterleben des Reiches „wenn auch auf schmalerer Grundlage“ sei von entscheidender Bedeutung, daß „im Monat Dezember bereits nennenswerte neue Einnahmen fließen“. Die sachlichen Vorbereitungen dazu seien durch Verhandlungen mit den Reichsratsauschüssen zum Abschluß gebracht. (Siehe vor allem die bereits gekennzeichneten Projekte auf Wiederherstellung der Friedensmieten, wovon das Reich den Löwenanteil erstrebt.) Zu seinem größten Bedauern sei Dr. Luther außerstande gewesen, weitere Maßnahmen zur Ausgabenbeschränkung durchzuführen. Die Entlassung Hunderttausender von Beamten, die bereits verfügt worden ist, genüge ihm noch nicht. Und gerade das war doch die glänzendste Seite des Reichsfinanzministers a. D., daß er die Ausgabenposten des Reiches überall dort trefflich zu beschneiden wußte, wo es um die Interessen der unteren Volksschichten ging. Dafür aber hat dieser Reichsfinanzminister mit seinen Bedenken völlig verlagert, als es galt, die Einnahmen epositionen des Etats entsprechend aufzuwerten. Hier liegt der Hase im Pfeffer. Obwohl der Reichstag ausgeschaltet war, und der Reichsfinanzminister mit dem Ermächtigungsgesetz und dem Paragraphen 48 alle Möglichkeiten zur Hand hatte, entsprechende Einnahmequellen zu erschließen, hat er ebenso verlagert, wie sein in der Bergeshöhe verfunkenen Vorgänger, der weinlusterne Dr. Bernes.

Die Zeilen, wodurch, nach den Skribenten des Herfurthorgans, der Reichsfinanzminister Dr. Luther dem Reichspräsidenten „mit dem Gesichtswinkel des Parteisekretärs“ das Schicksal kündete, sind Flammenzeichen, die die ganze Situation erhellen. Sie sind Flammenzeichen, die eigentlich auch den Leuten von den L. N. N. das Gedächtnis entsprechend schärfen sollten. Kennzeichnen sie doch erneut die Tatsache, daß die bestehende Klasse des Reiches auf die Interessen des sonst so gepriesenen Vaterlandes pfeifen, wenn sie gezwungen werden sollen, die Kosten für die überschwenglich gefeierten nationalistischen Exkursionen zu tragen. Der Reichsfinanzminister Dr. Luther hat weder dazu beigetragen, den völligen Verfall der deutschen Finanzen zu beschleunigen.

Vor wenigen Tagen erst erließ er auf Grund des Artikels 48 eine Steuerverordnung, nach der eine ganze Anzahl Steuern und Monopoleinnahmen aufgewertet werden sollten. Im Vorwärts berechnet Genosse Kurt Heinig, daß die 13 von Dr. Luther ausgewerteten Steuern insgesamt 100 000 Goldmark erbringen würden, die noch nicht einmal hinreichen, 100 Beamte des Reiches zu entlohnen. Dieser lächerlichen Summe von 100 000 Goldmark gegenüber hatte das Reich im Oktober allein 87 Goldmillionen Mark Einnahmen. Dabei betragen die Einnahmen des Reiches in den letzten Monaten noch nicht einmal mehr 1 Prozent der erforderlichen Ausgaben und daran läßt sich ersehen, was es mit den Steuerverordnungen des nunmehr heulmeiernden Dr. Luther auf sich hat. Der Vorwärts bringt einen längeren Auszug aus der deutschen Arbeitgezeitung, also einen Zeugen von unerschütterlicher Qualität, der den Inflationsgewinnlern und den dafür Verantwortlichen gehörig die Leviten liest. Die Deutsche Arbeitsbeberzeitung verweist auf die geradezu verantwortungslose